



Fasc ✓

### AG IM STADTRAT DER STADT NÜRNBERG

Ausschussgemeinschaft FDP – FW – ÖDP  
Rathausplatz 2, 90403 Nürnberg

Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Ulrich Maly  
Rathausplatz 2  
90403 Nürnberg

gln. JhA/SchulA + IntegrK

<b>OBERBÜRGERMEISTER</b>		
05. FEB. 2010 / .....Nr.....		
V	1 Zur Kts.	3 Zur Stellungnahme
3. BM / Fo	2 zv. v.	4 Antwort vor Ab- sendung vorlegen
		5 Antwort zur Unter- schrift vorlegen

Rathausplatz 2  
90403 Nürnberg  
Tel 0911 / 231-7140  
FAX 0911 / 231-7148  
diebunten@stadt.nuernberg.de

# 26 / 2010

Nürnberg, 5.02.2010

Kopie: MRB, Ref. IV

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
wir stellen zur Behandlung im zuständigen Ausschuss folgende

#### Anfrage

1. Was können PädagogInnen, ErzieherInnen und BeraterInnen unternehmen, wenn sie ein Mädchen für gefährdet halten, an den Genitalien verstümmelt zu werden? Wer ist in der Verwaltung AnsprechpartnerIn für das Thema? Welche Erfahrungen im Umgang mit dem Thema werden in der Verwaltung an welcher Stelle gebündelt und wie zur Verfügung gestellt?
2. Werden ErzieherInnen und PädagogInnen, die in kommunalen Einrichtungen arbeiten, zu dem Thema Genitalverstümmelung geschult?
3. Wie kompetent sind AnsprechpartnerInnen in den Beratungsstellen der Stadt Nürnberg bzw. der freien Träger im Umgang mit dem Thema? Wird das Thema in den Werbematerialien als mögliches Beratungsthema genannt?

#### Begründung

Genitalverstümmelung ist eine schwere Menschenrechtsverletzung. Sie trifft auch Mädchen, die in Deutschland leben und aufwachsen. Die Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und terre des femmes schätzen, dass in Deutschland aktuell ca. 5.000 Mädchen dem Risiko ausgesetzt sind, illegal hier im Land oder in den Ferien im Herkunftsland der Eltern an ihren Genitalien verstümmelt zu werden. Auch für betroffene Frauen, die in Deutschland leben, sind kompetente AnsprechpartnerInnen in der Beratung wichtig.

Unsere Anfrage dient einer ersten Informierung, welche Kompetenzen hier vor Ort im Umgang mit diesem Tabuthema vorhanden sind. Der Schutz potenzieller Opfer sollte in Nürnberg eine Selbstverständlichkeit sein.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Christiane Alberternst  
Stadträtin